23.9.2010 - Frankfurter Rundschau

Bischofskonferenz zögert beim Thema Entschädigung

Nach dem Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche stellen die deutschen Bischöfe heute Präventionsmaßnahmen vor. Sie wollen in Fulda erläutern, wie künftig sexuelle und gewaltsame Übergriffe verhindert werden sollen.

Fulda (dpa) - Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat ein Konzept zur Vorbeugung von sexuellem Missbrauch vorgestellt. Die Entscheidung zu finanziellen Entschädigungen von Opfern vertagten die katholischen Bischöfe aber. Erst in der nächsten Woche wollen sie einen Vorschlag machen.

«Wir verschließen uns keineswegs einem umfassenden Hilfekonzept und sind bereit zu finanziellen Hilfen», sagte der DBK-Vorsitzende Robert Zollitsch am Donnerstag in Fulda bei der Herbst-Vollversammlung. Dem Runden Tisch der Bundesregierung werde ein Angebot für eine abgestimmte Lösung unterbreitet. Konkrete Geldbeträge für Opfer wollten die Bischöfe erneut nicht nennen.

Die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Christine Bergmann, hat die katholische Kirche jüngst aufgerufen, sich an materiellen Entschädigungen von Opfern zu beteiligen - und so die Bischöfe unter Zugzwang gesetzt. Zollitsch sagte, der Vorschlag der Bischofskonferenz müsse noch im Detail ausgearbeitet werden. Man habe auch noch «keine Kalkulation», wie viele Opfer womöglich Ansprüche geltend machen könnten. Ebenso sei unklar, aus welchen Kirchenkassen das Geld kommen könnte. Opferverbände und Opfer hatten Summen zwischen 5000 und mehr als 80 000 Euro ins Gespräch gebracht.

Die Bischofskonferenz stellte klar, dass es nicht nur um Bares gehen könne. Erzbischof Zollitsch betonte, die Opfer bräuchten «gesamtmenschliche Hilfen» und Anerkennung des erlittenen Unrechts: «Die Zahl derer, die auch finanzielle Entschädigung verlangen, ist ausgesprochen gering. (...) Wir wehren uns dagegen, dass alles auf die finanzielle Komponente gesetzt wird.» Therapeutische Hilfe müsse im Vordergrund stehen.

Der Missbrauchsbeauftragte der DBK, Bischof Stephan Ackermann (Trier), sagte zur Summen-Diskussion: «Eine Zahl isoliert in den Raum zu stellen, kann verheerend sein. Das wäre eine unheilvolle Zuspitzung.» Ein kirchlicher Beschluss über die Entschädigung «hätte Auswirkungen auch auf viele Einrichtungen außerhalb der katholischen Kirche», sagte Zollitsch.

Bereits Ende August hatte Bischof Ackermann in Trier verschärfte Leitlinien der Kirche im Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger präsentiert. Opfervertreter zeigten sich enttäuscht, weil darin keine finanziellen Entschädigungen geregelt sind.

Ackermann präsentierte von der Bischofskonferenz beschlossene Vorschriften zum Schutz vor Kindesmissbrauch. Die neue Rahmenordnung «soll helfen, dass sexuelle Übergriffe vermieden werden», sagte er.

Die Bistümer sind nun verpflichtet, ihren Mitarbeitern klare Verhaltensregeln zu geben, Beratungs- und Beschwerdewege zu schaffen und die Personalauswahl und Fortbildung zu verbessern. Zollitsch sagte, die Kirche wolle besonderes Augenmerk auf die Priesterausbildung legen. Psychologen sollten dabei helfen, Betreuung und Unterstützung leisten. Zollitsch stellte aber klar, dass es keinen hundertprozentigen Schutz geben könne: «Allerdings sagen uns die Fachleute auch, dass eine noch so umfassende Priesterausbildung nicht hundertprozentig davor bewahrt, einen möglicherweise pädophil veranlagten Kandidaten dennoch zu weihen.»

Zur Prävention zählt auch, dass Mitarbeiter der Kirche, die mit Kindern und Jugendlichen Kontakt haben, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen haben. Ehrenamtliche sollten eine Selbstverpflichtung eingehen. Künftig solle es auch klarere Dienstanweisungen und hausinterne Regelungen geben. Die DBK nannte auch einen Verhaltenskodex, der ein «Nähe-Distanz-Verhältnis» regeln soll. Würden die nicht eingehalten, drohten Sanktionen.

Jeder Bischof muss einen Missbrauchsbeauftragten ernennen, der die Präventionsarbeit der Diözese koordiniert. Auf einem neuen Internet- Portal (www.praevention-kirche.de) werden Informationen und Material zur Prävention bereitgestellt. Zudem verschickt die katholische Kirche Elternbriefe zum Thema «Was tun gegen Missbrauch?»

Die reformkatholische Bewegung «Wir sind Kirche» reagierte enttäuscht. «Das ist bisher nur ein Gerippe. Da fehlt noch das Fleisch», sagte Sprecher Christian Weisner der Nachrichtenagentur dpa. «Wir erkennen das Bemühen, aber das sind bisher noch zu viele Ankündigungen. Man ist noch nicht zum Kern des Problems vorgedrungen.» Die Kirche werde ihrer Verantwortung noch nicht vollauf gerecht. Er bezweifle, dass das Präventionskonzept einen wirksamen Schutz biete.

http://www.fr-online.de/politik/bischofskonferenz-zoegert-beim-thema-entschaedigung/-/1472596/4670366/-/index.html
Zuletzt geändert am 25.09.2010